

proletarischen Freiheitskampfes einem ersten Volkswirtschaftlichen Stadium, um auf breiter Grundlage und an den selbstgemachten Erfahrungen zu lernen, die Welt nicht nur richtig zu interpretieren, sondern um sie um so schneller revolutionäre zu verändern.

Der Ruhrkrieg hat dem internationalen Proletariat wertvolle Bereicherungen seiner Erfahrungen gebracht über die Ursachen imperialistischer Kriege, über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Feind im eigenen Land, über die landesverräterische Rolle der Bourgeoisie in einem Kriege, über die sozialdemokratische Rolle der Sozialdemokratie und vor allem auch über die erfolgreichen antimilitaristischen Aktionen der deutschen, französischen und belgischen kommunistischen Jugendverbände unter Führung der kommunistischen Jugendinternationale. Die glänzende revolutionäre Tätigkeit der Jungkommunisten unter den Befehlstruppen, die sich teilweise bereits offen mit den Rhein-Ruhr-Arbeitern verbrüderten, ihren Offizieren den Gehorsam verweigerten und mit den Arbeitermassen zu gemeinsamen Kämpfen vereinigten, sind Ruhmesblätter in der Geschichte der internationalen Arbeiterjugend.

Der Ruhrkrieg und die im Jahre 1923 in Sachsen eingetretenen Ereignisse werden darüber hinaus innerhalb der Partei und vor der deutschen Arbeiterklasse eine Reihe von Problemen auf, die von entscheidender Wichtigkeit für den proletarischen Freiheitskampf sind (Rolle der „Linken“ SP., — Kommunismus und nationale Frage — Einheitsfrontpolitik — die Frage der Verbündeten usw.).

Unser Kampf vor zehn Jahren

II.

Die um die Jahreswende 1922-23 stattgefundenen internationalen Konferenzen der westeuropäischen kommunistischen Parteien und kommunistischen Jugendverbände in Essen weckt mit ihren offensiven Kampfbeschlüssen die Erinnerung an jene am Vorabend der Ruhrbesetzung in Essen am 6. und 7. Januar 1923 stattgefundenen Konferenzen, an der die Vertreter der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Englands usw. teilnahmen und die — von großer historischer Tragweite — ein begeistertes Echo unter den deutschen, französischen und belgischen Arbeitern fand. Von der deutschen Partei waren u. a. die Genossen Hölllein und von der französischen der ergaute Kämpfer Genosse Cahin, ferner der Genosse Mont-Monjean erschienen.

Während auf dieser internationalen Konferenz — am Vorabend des Voincaréschen Ruhrkrieges die revolutionären Massen gegen die Versailles-Kübelmächte geschmiedet wurden, marschierten SPD. und USGA. — wie heute unter Schleichers Kommando — unter der Fahne des „Burgfriedens“ im Heere des Chauvinismus gemeinsam mit den Nationalsozialisten. Die SP. Frankreichs erklärte sich damals offen für die Ruhrbesetzung, und der belgische Königssozialist Vandervelde überschlug sich in Rechtfertigungserklärungen für die Teilnahme Belgiens an der Okkupation des Ruhrkohlenbeckens.

Die Internationale Konferenz der Kommunisten vor zehn Jahren erregte ein so großes Aufsehen unter den imperialistischen Mächten, daß sich sogar das französische Kriegsministerium mit der Angelegenheit befaßte und in einer umfassenden Anklageschrift die politischen Beschlüsse dieser Konferenz angriff, um sie als Beweisstücke des „Landesverrats“ gegen unsere französischen Genossen zu verwenden. Der Generalsstaatsanwalt der französischen Republik legte in seinem Anklagegedicht unseren internationalen Proletariat als ruhmvolles revolutionäre Taten gefeiert werden. So hieß es unter anderem z. B.:

„Die Essener Konferenz nahm eine Anzahl Resolutionen an. Diese erklärten sich für den Kampf gegen den Versailles-Friedensvertrag, für die Sabotage der militärischen Unternehmungen der französischen Bourgeoisie und für die Vorbereitung eines Generalstreiks in Frankreich für den Fall eines Krieges oder einer künftigen Besetzung des Ruhrgebietes. Die Konferenz schloß ihre Arbeiten mit der Fassung eines Manifestes. Wir finden in diesem Manifest die Aufforderung zum Bürgerkrieg, die Aufforderung an die Soldaten, die Pflicht nicht zu tun...“ usw. Ueber das damals beschlossene Manifest heißt es noch in der Anklageschrift des französischen Generalsstaatsanwalts:

„Dieses Manifest ist aber eine lange heftige Anklage gegen den Versailles-Friedensvertrag und gegen den Plan der Besetzung des Ruhrgebietes...“

Die französische Bourgeoisie hätte es insbesondere unserem allen ehrenwürdigen Genossen Cahin in sehr stark angekreidet, daß er bereits im Jahre 1922 auf dem 4. Weltkongreß der kommunistischen Internationale erklärt hatte:

„Für uns in Frankreich bringt der Klassenkampf die Pflicht mit sich, auf entschiedenste gegen den Versailles-Friedensvertrag zu kämpfen, seine verderblichen Folgen zu zeigen, auf den stets wachsenden Einfluß des Militarismus in unserem Lande hinzuweisen, die sofortige Räumung des linken Rheinufers zu verlangen, die sofortige Befreiung der 6 Millionen Rheinländer zu fordern, die unter dem Joch unserer Militärlisten stehen...“ usw.

Diese heroischen Beweise unseres brüderlichen, internationalen Kampfes gegen das Versailles-Diktat, diese mutige Kriegserklärung unserer französischen Genossen, die gegen den chauvinistischen Strom seit mehr als einem Jahrzehnt mutig ankämpfen, scheitern mit insbesondere heute den sozialdemokratischen Kriegspatrioten aller Länder und den krieglusternen Faschisten ins Gesicht.

Konnten vor zehn Jahren die deutschen, französischen und belgischen Kommunisten auch den Ruhrreinmarsch der imperialistischen Truppen noch nicht verhindern, konnten auch noch keine Massenstreiks und Massenstreikaktionen den Entente-Truppen den Zugang zum Ruhrkohlenbecken verwehren, so können wir heute, nach zehn Jahren unaufhaltbaren Vortriebs des Kommunismus in Deutschland, nach dem revolutionären Aufbruch auch in Frankreich auf starke, geistige kommunistische Parteien hinweisen, die mit allen Kräften ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen bekräftigt sind.

Nicht Vaterland, sondern Profite

III.

Als „friedliche Ingenieurkommission“ marschierten die Truppen Poincarés in das Ruhrgebiet ein. Es galt, die Ruhrkohle, diese stärkste Waffe Deutschlands, sowie einen Teil der heimischen

Zu Hunderttausenden nach Friedrichsfelde!

SPD.-Führer wollen unsere Kundgebung zum Andenken Karls und Rosas verbieten — Protestbeschlüsse überall

Arbeitendes Volk von Berlin!

In wenigen Tagen fährt es sich zum 14. Male, daß in den Mauern der Reichshauptstadt die besten und größten Vorkämpfer des deutschen Proletariats Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Offizieren des Sozialdemokratischen Komitees ermordet wurden. Sie wurden erschlagen, weil sie kein kapitalistisches, sondern ein sozialistisches Deutschland wollten und zum Kampf für die Arbeiterherrschaft aufriefen. Sie wurden erschlagen, weil sie uns allen vorantrugen das Pantel des proletarischen Internationalismus, weil sie gegen den völkermordenden Krieg und für den Frieden der arbeitenden Klassen mit dem Wort und der Tat eintraten.

Männer, Frauen und Jugendliche des roten Berlin! Die Namen Liebknecht und Luxemburg sind in eure Herzen eingeschrieben. Das Gedenken an sie wird nicht verlöschen, solange es Arbeiter gibt.

Wir rufen euch auf, am kommenden Sonntag im Gedenken an die Toten und im Willen zur Erfüllung ihres Vermächtnisses zu Hunderttausenden zu demonstrieren. Zieht zu den Gräbern nach Friedrichsfelde!

Dort ruhen die Besten unserer Besten. Dort ist am Sonntag euer Platz. Versammelt ab 10 Uhr vormittags an dem Stadtplatz vorüber, an dessen Mauer wir unsere Toten begraben haben! Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Kampfgeschichte, Genosse Wilhelm Pieck wird zu euch sprechen.

Es ist ein traditioneller Brauch, daß wir Kommunisten alljährlich den Märtyrern des Proletariats die Ehre erweisen, die ihnen gebührt. Und wieder will die Sozialdemokratie wie früher diese selbstverständliche Ehrenpflicht der Berliner Arbeiterklasse mit Gewalt verhindern. Wo selbst die Polizei unsere 16 Demonstrationenmärsche zu den Gräbern nicht hat verbieten können — da versucht die sozialdemokratische Führung unsere großen Toten noch im Grabe zu beleidigen und ihre Ehre unmöglich zu machen. Nachdem, dank der Initiative der sozialdemokratischen Bezirksverordneten von Lichtenberg, ein entsprechender Beschluß im Lichtenberger Gemeinderat gefaßt worden ist, wagt jetzt der sozialdemokratische Abgeordnete Lichtenbergs, Stimmung, folgendes zu verordnen:

Industrie (Ossenburg, Appenweier, Baden) mit Beschlag zu belegen. Der französische Kapitalismus benutzte die von der Ruhrschwerindustrie provozierte Verweigerung der Reparationszahlung zur Annexion dieses entscheidenden industriellen Terrains, um eine wirtschaftliche Konzentration herzustellen zwischen dem Baden Brien und Longwy, der Lothringischen Minette und der Ruhrkohle.

Der französische Kapitalismus griff mit diesen Projekten einen alten Plan der Ruhr-Montan-Gewaltigen auf, die insbesondere in den Jahren 1914-15 die dauernde Annexion der französischen und belgischen Erz- und Kohlengebiete im Osten dieser Länder forderten. Die Schaffung eines europäischen Riesenraums sollte die geplante deutsche Hegemonie in Europa, ja, die deutsche Weltvormachtstellung ökonomisch untermauern.

Hinter dem im Januar 1923 erfolgenden Ruhrreinmarsch stand vor allem das französische „Comité des Forges“ (das Synbild der französischen Hüttenindustrie), in welchem Konzepte Schneider, Frankreichs größter Stahlmagnat, der Hauptteilhaber des Mammuthüttenbetriebs Schneider-Creuzot, den wichtigsten Platz einnahm. Im Interesse dieses „Comité des Forges“ lag die auch von den Ruhr-Montanlöhnen, den Stinnes, Thyssen, Krupp und Co. geplante Verbindung der Lothringischen Minette mit der Kohle und dem Koks des Ruhrgebietes.

Also nicht um Ehre und Nation, nicht um Vaterland ging es den Patrioten des Ruhrkrieges: es ging um fliegende Profite, um den höchstmöglichen Anteil, um den höchsten Gewinn-Prozentsatz an der Ausplünderung des Rhein- und Ruhrproletariats, es ging ums Geschäft, um den Profit!

Landesverräterische Bourgeoisie

Es muß gerade heute allen Werttätigen angefaßt der sich wieder härter chauvinistisch gedehenden deutschen Bourgeoisie in Erinnerung gerufen werden, wie sich damals die deutschen Kapitalisten den Poincaré, Degoutte, Tizard, den französischen Militärmächthabern, an den Hals warfen, um am Kriegsgeld teilzunehmen zu können. Herausgegriffen sei nur eine Bemerkung der heute so nationalstolisch aufgeputzten und die Nazis protezierenden „Berliner Börsen-Zeitung“, die am 23. Januar 1923 schrieb:

„Es darf daran erinnert werden, daß von deutscher Seite aus der Gedanke einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Basis eines Austauschens von Ruhrkohle gegen Lothringische Minette niemals von vornherein abgelehnt worden ist...“

Die schamlose landesverräterische Anbiederung der deutschen Bourgeoisie an den französischen Imperialismus ist ein Musterbeispiel nationalstolischer Auffassungen von solchen Begriffen wie „Vaterland“, „Heimat“, „Nation“ usw. — Wir erleben noch vor kurzem, als der „Welt“-Konzern im Ruhrgebiet, Deutschlands größter Stahlkonzern, unter Führung des Prozentpatrioten Flied Millionenabventionen von der Reichsregierung aus den Lasten der Steuerzahler erhielt, daß die Konzerngewaltigen dieses vaterländischen Mammuthüttenbetriebs drohten, die Aktienpakete ihres Unternehmens an Frankreich zu verkaufen!

Gerade in diesen Tagen, da die sozialistische Arbeiter-Regierung, da die Nationalsozialisten, da die Sozialfaschisten und alle bürgerlichen Parteien miteinander wetzeln, um sich als wahre „Vertreter der Nation“ anzupreisen, sei auf die landesverräterische Rolle der deutschen Bourgeoisie, auf die häßliche Unterwerfung der bürgerlichen Parteien und Wähler unter das Diktat der imperialistischen Ruhr-Okkupanten hingewiesen:

Niemand anders als der damalige Reichskanzler Cuno erklärte sich in völliger Uebereinstimmung mit dem verbrecherischen

Ehrenwache am Grabe Rosas und Karls verboten!
Gesang am Grabe verboten!
Musik am Grabe verboten!
Verboten eine Teilnehmerzahl von mehr als 1500!
Verboten, nach 2 Uhr am Grabe vorüberzugehen!
Verboten, Ehrenfeuer auf dem Grabmal abzubrennen!
Verboten, Liebknechts und Rosa Luxemburgs Schriften zu verkaufen!

Das wagt die Partei, unter deren Herrschaft Karl und Rosa vom „Vorwärts“ besudelt, von welchen Verbrechern ermordet und diese Offizierskandidaten freigesprochen wurden. Das wagt die Partei Jörgelobels und Seeringers.

Das ist eine infame Herausforderung! Das ist eine neue Schändung unserer Toten durch die sozialdemokratische Führung. Sie hat nicht genug an der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs — sie will selbst noch die würdige Ehrung der Toten verhindern.

Laßt es nicht zu, Arbeiter und Arbeiterinnen von Berlin! Tretet in den Betrieben und in den Stempelstellen zusammen und laßt Protestentscheidungen! Gewerkschaftsmitglieder, erhebt schärfsten Einspruch gegen diese schandhaften Verbote der Sozialdemokratie! Ihr SAJ-Genossen und Genossinnen, die der „Vorwärts“ am 10. Januar durch eine Notiz zur Demonstration an die Gräber Luxemburgs und Liebknechts ruft (derselbe „Vorwärts“, der am Tage vor dem Mord behauptete, daß Karl und Rosa noch nicht getötet seien!), schließt euch dem Proteststurm an!

Kotes Berlin! Die Grabstätte von Friedrichsfelde ist dein unveräußerliches Eigentum. Erzwing die Aufhebung der Verbote! Ueberflutet die Straßen der ganzen Stadt mit tausenden Massen, die für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für die Karl und Rosa starben, am Sonntag marschieren!

Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Berlin-Brandenburg.

Plan der Schwerindustrie, unter Führung des Geschäftspatrioten Stinnes bereit, vor dem französischen Imperialismus zu kapitulieren und ihm folgende Vorschläge zu unterbreiten:

Die deutsche Schwerindustrie, Landwirtschaft und Handel erklären sich bereit, jährlich 500 Millionen Goldmark an Reparationen zu zahlen, wenn die französische Besatzungsbehörde ihnen hilft:

- a) den Achtstundentag zu liquidieren,
 - b) die deutsche Eisenbahn, ferner die kommunalen, die sogenannten „Staatsbetriebe“ und ähnliche Unternehmungen der Großindustrie als Pfand auszuliefern.
- So stellten die deutschen Schwerindustriellen den Schutz der Bajonette Poincarés herab, um eine maßlose Ausplünderung des deutschen Proletariats, um die Tributpolitik, und um den Ausverkauf Deutschlands durchzuführen.

Mit Poincarés Bajonetten gegen das Ruhrproletariat

Als in den Rhein-Ruhr-Betrieben im Frühjahr 1923 die Belegschaften in Kampf- und Streikaktionen gegen den inflationistischen Lohnraub eintraten, ereigneten sich Dinge, die das wertvolle deutsche Volk, die vor allem auch unsere wertvollsten Jugend niemals vergessen wird und vergessen darf.

Der offizielle deutsche Regierungsvorsteher, Herr Lutterbeck, wandte sich damals persönlich an den kommandierenden General der französischen Besatzungsarmee, an Herrn Degoutte, und bat ihn inständig, mit Hilfe seines Militärs den drohenden Aufstand der Rhein-Ruhr-Arbeiter niederzuschlagen! — Dieses Verbrechen gleich haarstarr der Niedertracht der Thiers und Gallies während der Pariser Kommune, als sich diese Konterrevolutionären Henker 1871 im Kampfe gegen die revolutionären Kommunisten mit Bismarck verbündeten und mit den Preußen ein Bündnis gegen das aufständische Pariser Proletariat schlossen. — Herr Lutterbeck, der 1923 im Auftrage Cunos und der deutschen Bourgeoisie Herrn Poincaré um die Hilfe seiner Maschinengewehre anflehte im Kampfe gegen die Metall-, Bergbau-, Textil- und Chemie-Besatzungsstellen des Rhein- und Ruhrgebietes, verlangte damit nur die Einlösung jenes Wechsels, den Bismarck den Henkern Thiers und Gallies im Jahre 1871 gab, als die Preußen den Versailles (Konterrevolutionären) gestatteten, über die nördlichen und östlichen Forts von Paris gegen die kämpfenden Kommunisten zu marschieren.

Als die durch die imperialistischen Besatzungsbehörden mit Zustimmung der Stinnes, Krupp, Lutterbeck, Reichskanzler Cuno usw. geplante Niederschlagung des Rhein-Ruhr-Proletariats nicht gelang, war die offizielle deutsche Bourgeoisie bereit, das Rhein-Ruhr-Gebiet seinem eignen Schicksal zu überlassen, es verfallen zu lassen, um den Separatisten, den rheinischen, unter französischem Protektorat stehenden Sonderbündlern, das Feld frei zu geben zur Durchführung ihrer landesverräterischen Politik. — Große Teile der Bourgeoisie, insbesondere des Zentrums, haben — wie aus Hunderten von Dokumenten nachgewiesen werden kann — die Losigungsbestrebungen der Dr. Dorten, der Dehis, Matthes und Co. unterstützt.

Nebenher war dann der Ruhrkrieg noch ein fliegendes, lohnendes Geschäft für die deutschen Unternehmer, besonders die Ruhrkapitalisten. So erhielt die deutsche Bourgeoisie, neben ihrem inflationistischen Raubzug auf die Taschen des hungernden Volkes, aus Reichsmitteln (d. h. wertvollen Steuerzuschüssen!) mehr als 200 Milliarden Papiermark (das sind 200 Millionen Goldmark!) zur Finanzierung des „Ruhrkampfes“.